

Die Profite der Prohibition

Grüne und FDP wollen Cannabis legalisieren: Wissen sie aber wirklich, was das bedeuten würde?

Wenn es nur ums Recht der Deutschen auf ihren Rausch ginge; oder darum, dass der Staat die Menschen voreinander schützen sollte, aber nicht unbedingt vor sich selbst, nicht davor also, dass sie ihren eigenen Körpern und Seelen antun dürfen, was sie wollen, solange sie damit niemand anderen behelligen: dann gäbe es an den deutschen Verhältnissen wenig auszusetzen. Es ist zwar nicht erlaubt, Joints zu rauchen oder Haschischplätzchen zu essen, und es ist verboten, mit Cannabis zu handeln, zumal mit größeren Mengen. Aber die Gesetze werden von der Obrigkeit eher lässig exekutiert.

Zwar hört man gelegentlich von bayerischen Richtern, die den ertappten Besitzern kleiner Mengen die Strafe auferlegen, ein Jahr lang, per Haartest, die eigene Abstinenz nachzuweisen. Aber das sind die Ausnahmen von einer Regel, die besagt, dass der Konsum von Cannabis, in deutschen Großstädten jedenfalls, großzügig geduldet wird. Jeder kennt jemanden, der weiß, wo man sich etwas besorgen kann, ohne allzu tief hineinzusteigen ins kriminelle Milieu. Gestresste Angestellte schlafen gut und wachen ohne Kater auf, wenn sie, statt mit einem großen Whisky, sich abends mit einem Joint entspannen. Und wenn sie morgens den Kollegen davon erzählen, droht keine soziale Ächtung mehr. Die großen Dealer kriegt man nicht, die kleinen lässt man gleich wieder laufen. Und als, drei Tage nach der Wahl, die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann und die Grüne Claudia Roth in der Sendung von Sandra Maischberger erste öffentliche Sondierungen betrieben und schnell darauf kamen, dass sie sich in der Legalisierungsfrage einig sind: da dachte man sich als Zuschauer, dass den beiden Damen schon heute nichts, absolut gar nichts, passieren würde, wenn sie sich, bei abgeschalteter Kamera, zusammensetzten und bei einer Tasse Tee und einem Stückchen Haschischkuchen der politischen Fantasie freien Lauf ließen.

Um die sieben Prozent der deutschen Erwachsenen, das ergeben alle Umfragen, bekennen sich zum eigenen Cannabiskonsum. Leider sind es auch sieben Prozent der Teenager – was die Gesellschaft vor die Frage stellt, ob sie das wirklich hinnehmen will, als Kollateralschaden gewissermaßen und als Preis für liberale Verhältnisse. Die Grundannahme nämlich, die den ganzen Legalisierungsplänen zugrunde liegt, dass Cannabis eine sogenannte weiche und vergleichsweise harmlose Droge sei: die stimmt vielleicht bei erwachsenen Menschen, die in so stabilen Verhältnissen leben, dass auch eine etwas höhere Dosis so ein Leben nicht erschüttern kann. Für den jugendlichen Kopf ist die Droge aber äußerst gefährlich. Wer Pech hat und zwei zu tiefe Züge nimmt, kommt womöglich erst in der Psychiatrie wieder zu sich, mit heftigen psychotischen Schüben, mit Verfolgungsangst oder Panikattacken. Wer als jugendlicher regelmäßig kifft, dem drohen schwere Seelenbeschädigungen.

Soll der Handel mit Cannabis also weiterhin verboten bleiben – ein Geschäft, das ja trotzdem gut läuft, allerdings ohne alle Herkunfts- und Qualitätskontrollen, mit Verkäufern, die man für Betrug und Panschereien nicht haftbar machen kann. Und die auch keinen Cent an Steuern zahlen. Oder muss man die Grundannahme der ganzen Legalisierungspläne in ihr Gegenteil verkehren? Und sagen, dass man die Droge nicht wegen ihrer Harmlosigkeit legalisieren sollte. Sondern weil sie so gefährlich ist?

Eine genaue Vorstellung davon, wie die Entkriminalisierung funktionieren könnte, scheint aber keiner der Legalisierungsfreunde in Deutschland zu haben. Kleine Mengen, in Apotheken oder Fachgeschäften wömglich, kontrollierte Qualität – aber wo der Stoff herkommen soll, scheint ungewiss zu sein. In den Niederlanden war eine ähnlich lässige Einstellung geradezu eine Fördermaßnahme für das organisierte Verbrechen. Man darf dort mit kleinen Mengen handeln; aber dazu muss man erst einmal größere Mengen ins Land bringen, was weiterhin illegal ist. So baute die marokkanisch-niederländische Mafia ihre Infrastruktur auf. Und machte irgendwann die Entdeckung, die ein paar Jahre zuvor schon die mexikanischen Cannabisschmuggler erfrucht hatte: dass man auf denselben Wegen auch Kokain ins Land bringen kann. Und dass ein Kilo Kokain ein Vielfaches des Gewinns von einem Kilo Haschisch einbringt. So unfassbar hoch sind die Profitraten des Kokains, dass

der Kurswert eines Menschenlebens ins Bodenlose gesunken ist, wie die vielen Morde in den Niederlanden zeigen.

Eine ernst zu nehmende Legalisierung von Cannabis wäre deshalb das Gegenteil dessen, was man sich, so als FDP-Sympathisant, unter Liberalisierung vorstellt: keine Lockerung, sondern die verschärfte Kontrolle. Der gesamte Weg, vom Anbau der Pflanzen über die Ernte, die Weiterverarbeitung bis hin zum Verkauf, hoch besteuert und ausschließlich in Geschäften mit einer Lizenz dafür, dieser Weg wäre gesäumt von staatlicher Aufsicht, Qualitätskontrollen, strikten Zollbestimmungen. Wer das alles übertrieben findet, kann einmal versuchen, das Branntweinmonopol zu ignorieren und ohne Brennerlaubnis und Anmeldung beim Zollamt im eigenen Keller ein paar Hektoliter Schnaps zu brennen und unter die Kunden zu bringen.

Wenn man genau so den Handel mit Cannabis kontrollierte und lizenzierte, wenn man den Stoff, um keine Gelegenheitskiffer mit Sonderangeboten zu verführen, künstlich teuer hielte und fern von allen Jugendlichen: dann würde sich, zwangsläufig, ein schwarzer Markt formen, für all die Käufer und Verkäufer, die sich der Aufsicht entziehen wollten. Dieser Markt müsste mit großer Härte bekämpft werden: nicht etwa, weil sich damit noch das letzte Krümelchen Haschisch finde ließe. Sondern weil die Ökonomie der Drogen so funktioniert, dass Fahndung und Verfolgung das illegale Produkt immer teurer werden lassen. So teuer, hoffentlich, dass es für Jugendliche unbezahlbar und für Erwachsene uninteressant würde.

It's a drink for men, not for boys", antwortet Frank Sinatra, in dem schönen Filmmelodram „Some Came Running“, dem Jungen, der ihn bittet, für ihn den Whisky, den er noch nicht bekommt, zu bestellen – und so, wie dieser Junge dann doch an den Whisky kommt, so werden auch unter den Bedingungen der Legalisierung jene Jugendlichen, die es unbedingt wollen, sich ihren Joint schon irgendwie beschaffen. Es werden aber, hoffentlich, weniger sein, was dann allein schon die Mühe wert gewesen wäre.

Trotzdem sollten die Parteien, bevor sie sich all diese Mühen machten, sich erst einmal klar darüber werden, was eigentlich der Zweck, der Sinn, das Ziel einer Legalisierung wäre. Das Recht des freien Menschen auf Rausch und Selbstzerstörung kann es ja nicht sein; das haben sich die Menschen längst genommen – die sieben Prozent, die Cannabis konsumieren, genauso wie alle jene, die im vergangenen Jahr geschätzte zwanzig Tonnen Kokain durch ihre deutschen Nasen gezogen haben. Und das sind nur die populärsten Drogen. Heroin gibt es immer noch, auch wenn davon weniger gesprochen wird. Von Ayahausca umso mehr, von Pilzen und LSD auch. Methamphetamine werden konsumiert, ob sie verboten sind oder nicht.

Schädlich sind sie letztlich alle – aber der größte Schaden, den diese Drogen bewirken, entsteht nicht in den Köpfen von Kiffern und Kokainern, sondern am Körper der ganzen Gesellschaft. Die Drogenprohibition hat das organisierte Verbrechen genährt, der sogenannte „war on drugs“ hat die amerikanischen Kartelle mächtig werden lassen, entlang der Schmuggelrouten schöpften diktatorische Regime und Terrorgruppen die Gewinne ab. Und die kalabrische 'Ndrangheta, einst eine Organisation von regionaler Bedeutung, steuert den transatlantischen Kokainhandel und hat längst ihre Brückenköpfe in Deutschland gesichert. Als in diesem Sommer der Mord an dem Amsterdamer Journalisten Peter R. de Vries auch das deutsche Publikum erschütterte, wurde deutlich sichtbar, dass die niederländischen Drogenbanden so grausam und gewaltbereit sind, wie man das bislang nur von kolumbianischen und mexikanischen Kartellen kannte.

Die Entkriminalisierung von Cannabis wäre also nur ein winziger erster Schritt – zumal die Unterscheidung zwischen harten und weichen, gefährlichen und nicht ganz so gefährlichen Rauschgiften mit deren Wirkungen wenig zu tun hat. Wer den Banden und Kartellen die Geschäftsgrundlage entziehen will, muss sich schon an den Stoff herantrauen, mit dem die traumhaften Gewinne gemacht werden, ans Kokain. Als größten Sieg gegen das organisierte Verbrechen seit dem Tod von Pablo Escobar feiert der kolumbianische Präsident Iván Duque die Verhaftung des Kartellchefs Dairo Antonio Úsuga. Was die Frage provoziert, ob damals mit dem Tod Escobars irgendetwas gewonnen war.

Nein, der entscheidende Schlag wäre das Ende der Prohibition – was aber, da man auch hier den gesamten Prozess regulieren müsste, vom Anbau der Kokapflanzen über die (meist äußerst umweltschädliche) Herstellung der Kokaipaste bis zum Verkauf in lizenzierten Läden, eine internationale Angelegenheit wäre, nichts, was Grüne, FDP und SPD beschließen könnten. Und eine gewaltige Arbeit, nicht nur deshalb, weil die Kartelle sich wehren würden. Liberal, jedenfalls für die Konsumenten, sind die Verhältnisse, die wir haben. Vernünftig wäre es aber, sie zu ändern. CLAUDIUS SEIDL



Wann kommt die Flut? Diese Gondolieri sitzen trotz Hochwassers offenbar noch vergnügt beim Frühstück.

Foto Reuters

Überall ist Venedig

Diese Stadt zu retten heißt, die Menschheit zu retten: Ein Appell / Von Orhan Pamuk

Im Frühjahr 2009 unterrichtete ich ein Semester lang Komparatistik an der Universität Venedig. Da erwähne ich nicht, weil jene Tage dank der Schönheit der Umgebung die zauberhaftesten meines Lebens waren. Ich erwähne es, um deutlich zu machen, dass ich mich auch als Venezianer unmittelbar aus der Stadt heraus an Sie werde, als ein Mensch, der in Venedig gelebt und dort sein Brot verdient hat. Aus tiefstem Herzen richte ich diese Worte an Sie, nicht bloß als Istanbuler, vielmehr zugleich als Venezianer.

Verehrter Herr Premierminister, es liegt in Ihrer Hand, Venedig zu retten!

Auf dem Weg zum Unterricht in der Universität Ca' Foscari nahm ich morgens eine Gondel von San Samuele nach Ca' Rezzonico hinüber, legte dann in Ca' Macane eine Pause ein, um in der Stille des Frühlingmorgens einen Kaffee zu genießen, und dachte darüber nach, warum es mich so faszinierte, in dieser Stadt zu sein. Wenn ich dann im Spiegelsaal des imposanten Palazzos unterrichtete, erschloss sich mir intuitiv, dass es zu den elementarsten Tugenden der Menschheit gehört, die Geschichte lebendig zu halten und die Vergangenheit zu bewahren.

Nach dem Unterricht verlängerten meine Füße von selbst den Rückweg zum Palazzo Malipiero, in dem ich zu Gast war; ich ging Richtung Rialto. Doch jedes Mal verließ ich mich in den Gassen von Do Draghi, San Pantalon oder bei der Kirche San Tomà, kam ich auf verschlungenen Wegen durch Seitengässchen schließlich an der Rialtostraße heraus, waren Stunden vergangen. Binnen zwei Monaten hatte ich die Strecke vom Rialto zu dem Palazzo, in dem ich wohnte, zwar

verinnerlicht, doch stets schlenderte ich aufs Neue wie zum ersten Mal durch die Gassen, voller Bewunderung für alles, worauf mein Blick fiel, und verirrte mich selbst auf dieser kurzen Strecke hin und wieder. Denn wie mir später klar wurde, ist es keine geographische Verirrung, sich in den Gassen von Venedig zu verlaufen, vielmehr ist es ein aufwühlendes Gefühl, als verlöre man sich in der Geschichte.

Berückt von dieser metaphysischen Transformation und diesem Gefühl, rezitierte ich die Namen der Orte wie die Verse eines Gedichts, die mir von selbst in den Sinn kamen. „Hier ist Santa Maria Della Salute!“, sagte ich zu mir. „Und dort das Teatro La Fenice, in dem ich einmal eine Rede hielt. Da ist die Kirche Della Madonna Dell'Orto. Die Accademia-Brücke, San Giorgio Maggiore, der Palazzo Santa Sofia... der Markusplatz, die Kirche San Zaccaria, das Museo Correr...“

Bald las ich die Bücher von Schriftstellers, die lange vor mir Venedig besucht hatten, und ließ auf langen Spaziergängen der Fantasie freien Lauf. Hier im Palazzo Mocenigo residierte einst Byron. Einen solchen Vaporetto muss Thomas Manns Held aus „Tod in Venedig“ bestiegen haben, wenn er den Lido verließ. Und dort stand der Palazzo, in dem Henry James wohnte, der „Asperns Nachlass“ schrieb, einen der schönsten Romane, die in Venedig spielen.

Herr Ministerpräsident, bekanntermaßen hat ein Italiener den besten Venedig-Roman verfasst: Italo Calvino. Doch er spielt anderswo. In „Die unsichtbaren Städte“ erzählt der Venezianer Marco Polo dem chinesischen Kaiser Kublai Khan von den Städten, durch die er auf der Reise von Venedig

nach Peking kam. Doch aufmerksame Leser, die wie ich gern in Venedigs Labyrinth und die Geschichte eintauchen, erkennen anhand der Beschreibung von Türmen, von Wäscen, die in schmalen Gassen hängt, und anderen Merkmalen, dass es sich um die Gründe bei jeder dieser Städte um Venedig handelt.

So kann nur ein Italiener denken! Lassen Sie mich also, inspiriert von dem großen italienischen Literaten Italo Calvino, sagen: Venedig ist Peking, Venedig ist Boston, Venedig ist Kyoto, Venedig ist Kalkutta, Venedig ist St. Petersburg, Venedig ist Madrid, Hamburg, Paris und Istanbul. Und Venedig zu retten bedeutet, die gesamte Menschheit, alle Städte dieser Welt, Lagos, Kairo, São Paulo, New York, Hongkong zu retten.

Denn, Herr Ministerpräsident, die große Entscheidung, die Sie zu fällen haben, wird nicht bloß Venedig retten. Sie wird Vorbild für die ganze Menschheit sein, und wir werden erkennen, dass fortan die Rettung und Bewahrung unserer Städte bedeutet, unser Gedächtnis, unseren Verstand und unsere Identität zu retten. Herr Ministerpräsident, es liegt in Ihrer Hand, Venedig und all die anderen unsichtbaren Städte der Welt zu retten!

Der türkische Literaturnobelpreisträger **Orhan Pamuk** schrieb diesen Appell an den italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi anlässlich der Weltklimakonferenz in Glasgow, die von Großbritannien in Zusammenarbeit mit Italien ausgerichtet wird. Pamuk unterstützt damit den Appell des Istituto Veneto di Scienze, Lettere ed Arti an Draghi.

Aus dem Türkischen von **Sabine Adatepe**.

Verräterischer Vorwurf des Verrats

Was der Kohleausstieg und die Pandemie mit Stilfragen zu tun haben

Der sächsische Ministerpräsident hält es für „ganz schlechten politischen Stil“, den Kohleausstieg von 2038 einige Jahre vorzuziehen, wie das die potentiellen Ampel-Koalitionäre in ihren Verhandlungen gerade diskutieren. Daran anschließend fragte der Christdemokrat im „Bericht aus Berlin“ dann noch: „Wem soll der Bürger noch was glauben?“ Anders formuliert, in den Worten seiner Parteifreundin, der selbsterklärten Klimakanzlerin: 2038 ist alternativlos, und um die Kohle hat die Klimapolitik gefälligst einen Bogen zu machen, alles andere wäre Verrat an dem Kompromiss der Kohlekommission. Ein Kompromiss, der aus der Sicht des – parteiübergreifend beschworenen – Klimaschutzes immer schon Resultat eines kümmerlichen politischen Minimalismus und schon allein deswegen keineswegs sakrosankt war.

Nachbesserungen waren also eingepreist, und wie die ausfallen würden, allenfalls eine Frage der Regierungskonstellationen. Um Stilfragen geht es also eigentlich gar nicht in Kretschmers

Monitum. Höchstens um schlechte Politik, und zwar aus der Sicht des Wahlverlierers, der den klimapolitischen Minimalismus zur edelsten diplomatischen Disziplin erhoben hatte, bevor er von einer Truppe streikender Schülerinnen damit aufgezoogen wurde.

Wo wir gerade bei Stilfragen und politischen Sensibilitäten sind: Von Christian Lindner, dem erklärten Lieblingspartner der Christdemokraten, stammt die vielleicht bekannteste neuzzeitliche Festlegung schlechter Politik, als er seinerzeit die Jamaika-Verhandlungen mit dem Hinweis auf den sich abzeichnenden schlechten Kompromiss platzen ließ. Politische Flexibilität ist also keine Frage von Gut und Böse, auch nicht unbedingt von gutem oder schlechtem Stil, sondern politischer Alltag. Im Wahlkampf erlebt das der Bürger, den Kretschmer in seiner Ampel-Anklage im Blick hat, immer wieder. Konkret: Die Pariser Klimaziele grundsätzlich als „Thema“ zu besetzen und sie gleichzeitig nicht zum Gegenstand präziser, konse-

quenter Politik zu machen, wie das in der Klimapolitik – nicht nur der deutschen – üblich geworden war, ist offensichtlich auch im Bundestagswahlkampf längst eingepreist gewesen. Insofern ist Kretschmers skeptische Einlassung zu den Ampel-Plänen, den Kohleausstieg vorzuziehen, parteipolitisch durchaus verräterisch. Gerade vor dem Weltklimagipfel von Glasgow sind solche Signale eher unglücklich.

Kretschmers Versuch, mit einer Stilkritik politische Haltungsnoten zu verteilen, erinnert an den Pandemiepopulismus der Ministerpräsidenten, die sich am liebsten gegenseitig ausbremsen. Bis zum heutigen Tag geschieht das: Saarländers Ministerpräsident Tobias Hans, Kretschmers Parteifreund, ließ am Wochenende durchblicken, dass aus Sicht seines Niedriginzidenzlandes „die Pandemie ihren Schrecken verloren“ habe. Bei immer noch dreißig- bis fünfzigtausend Covid-19-Toten wöchentlich eine gewagte These. Eine stilllose Entgleisung. JOACHIM MÜLLER-JUNG



Bleibt fort

Von Freddy Langer

Das Schild, das sich an den Türen der Metzgereien und Supermärkte an Hunde wendet mit dem Hinweis „Wir müssen draußen bleiben“, könnten Urlauber demnächst an der Hafeneinfahrt und dem Flughafenterminal von Hanga Roa vorfinden, unmissverständlich an sie gerichtet. Wir, haben die Bewohner der Osterinsel an diesem Sonntag beschlossen, wollen keine Fremden bei uns haben. Das klingt harscher, als es ist. Denn schon unmittelbar nach Ausbruch der Corona-Pandemie hat sich die Insel vom Rest der Welt abgeschottet. Nun stimmen 67 Prozent der Rapa Nui, der Ureinwohner, in einem Referendum dafür, an diesem Zustand vorerst nichts zu ändern. Grund ist die Furcht, das Virus auf die Insel zu holen. Nur acht Corona-Fälle wurden dort bekannt, der letzte im September des vorigen Jahres. Gestorben ist an der Infektion niemand. Und so soll es bleiben. Dass es auf der ganzen Welt keinen bewohnten Fleck gibt, der weiter entfernt ist von der restlichen Zivilisation, was die Insel lange Zeit zu einer Art natürlichen Isolierstation machte, hat den Bewohnern am Ende nichts genutzt. Europäische Entdeckungsreisende schleppten im 18. Jahrhundert Grippe und Syphilis ein, woran ein großer Teil der Bevölkerung starb. Im 19. Jahrhundert kamen die Pocken hinzu. Und Anfang des 20. Jahrhunderts breitete sich die Lepra aus. Da war die Zahl der Bewohner von etwa dreitausend zur Zeit der ersten europäischen Besucher auf kaum mehr als hundert geschrumpft. So etwas hinterlässt Spuren. Heute leben knapp zehntausend Menschen auf der Osterinsel, die meisten von ihnen sind seit dem Bau eines Flughafens in den Achtzigerjahren zugezogen. Haupteinnahmequelle ist der Tourismus. Und so war die eigentliche Frage hinter dem Referendum die, wie man sich die Zukunft vorstelle. Schon einmal hatte man sich die auf der Osterinsel gründlich verbaut, als sich alles Denken und Handeln auf das Erschaffen der Moais konzentrierte, rätselhafter, bis zu zwanzig Meter hoher Kolosse aus Stein. Damit einher ging ein Raubbau an der Natur sondergleichen. Zehn Millionen Palmen wurden gefällt. Das Paradies verwandelte sich zur Steppe. Karge Erträge in Landwirtschaft und Fischfang sorgten für Hungersnöte. Kein Eiland, notierte James Cook in sein Logbuch, biete weniger Erfrischungen und Annehmlichkeiten. Fortan keine Besucher mehr zu empfangen müsste nicht zwangsläufig in genau diese Situation zurückführen. Die Landwirtschaft heute, so heißt es, sei ausgereift genug, einige tausend Menschen zu ernähren. Wäre es also ein Experiment wert, wieder abseits vom Rest der Welt zu leben? Dann könnte die Osterinsel so etwas werden wie eine Kolonie in der Weite des Weltalls. Nur hin und wieder besucht: von Forschern in Raumanzügen.

Morgen

Natur und Wissenschaft

Können wir das Rad des Klimawandels noch zurückdrehen?

Geisteswissenschaften

Jürgen Habermas und der jüngste Strukturwandel der Öffentlichkeit

Belgier erhält Dirigentenpreis

Der aus Belgien stammende Dirigent Martijn Dendievel ist mit dem Deutschen Dirigentenpreis 2021 ausgezeichnet worden. Der Sechszwanzigjährige erhält außer dem Preisgeld in Höhe von fünfzehntausend Euro verschiedene Auftrittsmöglichkeiten, wie der Deutsche Musikrat in Köln mitteilte. Der mit zehntausend Euro dotierte zweite Platz ging an Aivis Grēters aus Lettland. Den dritten mit fünftausend Euro dotierten Preis erhielt Hangyul Chung aus Südkorea, dazu den Publikumspreis in Höhe von 2500 Euro. Der internationale Wettbewerb wird vom Deutschen Musikrat in Zusammenarbeit mit der Kölner Philharmonie, der Oper Köln, dem Gürzenich-Orchester Köln und dem WDR Sinfonieorchester ausgetragen. epd